

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 25

Artikel: Kriegsrecht gegen Arbeiter : der kommandierte Gewaltstreik in Polen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der kommandierte Gewaltstreich in Polen

Kriegsrecht gegen Arbeiter

Also doch: In Polen ist der Erneuerungsprozess zu einem gewaltsamen Ende gebracht worden. Die putschmässig vorbereitete Verkündigung und Einführung des Belagerungszustandes hat die Bestätigung gebracht: Im Sozialismus darf es keine Arbeitermacht geben.

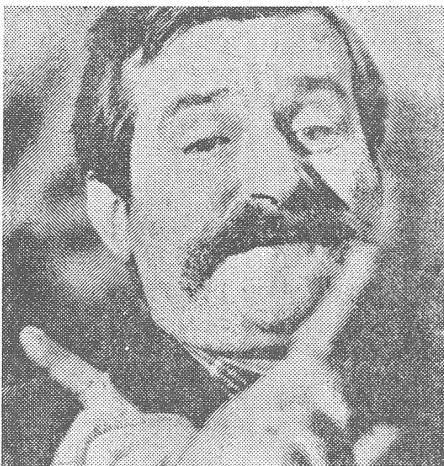
Polen erwachte am Sonntag, den 13. Dezember, im Ausnahmezustand. In der Nacht zuvor hatten die Truppen des Sicherheitsdienstes ihre Positionen bezogen. Ihre Aktionen liefen an.

In Danzig verhaftete man — und anscheinend doch mitsamt Lech Walesa — die dort tagenden Mitglieder des Solidarnosc-Vorstandes. Auch die Warschauer Gewerkschaftszentrale wurde polizeilich eingenommen. Bewaffnete Kräfte patrouillierten durch die Strassen, kontrollierten die Passanten und gaben den Parteizentralen Panzerschutz.

General Jaruzelski, Parteichef und Ministerpräsident, verkündete dem Land das Kriegsrecht. Die Kontrolle übernahm ein Militärat unter seinem Vorsitz. Die polnischen Hoffnungen waren erstickt.

Und das sind die Massnahmen, welche der Nation jede Atemluft zum Protest nehmen sollen:

- Streikverbot. Auf Arbeitsverweigerung steht Todesstrafe.
- Verbot jeglicher Kundgebung oder Versammlung, die nicht bewilligt ist. Auf Zuwiderhandlung steht für Anstifter eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren. (Gottesdienstliche Veranstaltungen unterliegen dieser Bestimmung nicht.)



Lech Walesa: Das Ende?

- Verbot jeglicher Gewerkschaftstätigkeit. Solidarnosc braucht damit nicht ausdrücklich aufgelöst zu werden. Wenn sie nicht funktionieren kann, ist sie lahmgelegt. Mit der Verhaftung der Führungskräfte suchte man die Bewegung gleichzeitig zu enthaupen.

- Suspendierungen der Sejmsessionen.

- Schliessung der Schulen bis zum 3. Januar. Die Studenten, die sich durch die Bestreikung von Vorlesungen in den letzten Wochen besonders kämpferisch gezeigt hatten, sollen auf diese Weise vorsorglich abgekühlt werden.

- Herstellung des Informations- und Meinungsmonopols für die Medien, die der Kontrolle von Militärat und Partei unterstehen. Als Presse-Erzeugnisse dürfen nur noch Partei- und Armeezeitungen erscheinen. (Wobei «Zolnierz Wolnosci», Organ der Politischen Hauptverwaltung der Armee, ganz direkt die Stimme Moskaus ist.) Alle Regionalsender von Radio und Fernsehen haben ihre Tätigkeit eingestellt.

- Die Freizügigkeit ist aufgehoben.

- Die Betriebe werden unter militärische (d. h. praktisch sicherheitsdienstliche) Kontrolle gestellt. (Das von Jaruzelski im Oktober eingeführte System militärischer Aufsicht über Lokalbehörden hatte also doch vorbereitenden Charakter.)

Alle diese Massnahmen sind als einstweilig deklariert. Sie sollen nur so lange in Kraft bleiben, bis Ruhe und Ordnung, das Funktionieren der Wirtschaft und die Versorgung sichergestellt sind. Die letzteren Begründungselemente sind indessen heuchlerisch. Man hat zahlreiche Lebensmittel und sonstige Güter der Bevölkerung absichtlich vorenthalten, einerseits um der Solidarnosc die Schuld am Hunger zu geben, andererseits um Reserven für den Ausnahmezustand zu haben.

Auf jeden Fall gibt es keinerlei Hoffnung darauf, dass man nach diesem «Ordnungsruf» wieder an die emanzipatorische Bewegung von vorher anschliessen könnte, nur in vielleicht gemässiger Form oder so. Nein, das Durchgreifen ist als Abschluss des «Erneuerungsprozesses» ge-

meint und als Wiederherstellung einer Ordnung nach sowjetischen Normen. Als 1968 die sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten, versicherte Moskau vorerst offiziell, der Januarkurs werde nach dem Sieg über die «konterrevolutionären Elemente» weitergehen können. Er ist dann im Zuge der «Normalisierung» schrittweise liquidiert worden.

Jaruzelski hat versichert, dass er «keine Militärdiktatur» einführen wolle. Die Aussage ist völlig belanglos. Mit den militärdiktatorischen Massnahmen hat er — ob er übrigens will oder nicht — die Voraussetzung für eine Diktatur des sowjetischen Normaltyps zu schaffen, zu der übrigens der militarisierte Zustand ebenfalls gehört. Und die sowjetische Normalität ist für unsere Begriffe ein Ausnahmezustand.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass Jaruzelski ein sowjetisches (und von den polnischen «Dogmatikern» à la Stefan Olszowski unterstütztes) Ultimatum verwirklicht hat: Entweder macht ihr



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt. Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen! Verlangen Sie bitte unsere Preisliste.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zwerstr. 35, 8004 Zürich

jetzt Ordnung, oder wir tun es selbst. Die heutige Aktion ist so gut wie sicher beim jüngsten Besuch von Marshall Kulikow, dem sowjetischen Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Paktes, koordiniert worden (siehe letzte Nummer).

Die Sowjets haben das Danziger Abkommen 1980 zwischen der dabei entstehenden Solidarnosc und der polnischen Regierung schon längst als systemzersetzend erkannt und haben immer wieder die Rücknahme seiner relevanten Punkte verlangt. Zunächst hatten sie darauf gehofft, dass die polnische Führung es sozusagen unbemerkt werde aushöhlen können, aber als sich das angesichts der Wachsamkeit der polnischen Bevölkerung und angesichts der Echolosigkeit der «ideologischen Fraktion» zerschlug, setzten sie auf Jaruzelski, den nützlichen Patrioten. Er würde die Transitionsperiode eines Ausnahmezustandes meistern können, um sowohl den Polen als auch den Sowjets eine Invasion zu ersparen. Danach würde man weitersehen. Im Notfall steht die «Hilfe» der sowjetischen Divisionen immer noch zur Verfügung.



Jaruzelski hat die Ausrufung des Kriegszustandes u. a. mit der «Provokation» der Solidarnosc-Führung erklärt. Deren scharfmacherische Elemente suchten die Macht zu ergreifen.

Der Verlauf der jüngsten Krise zeigt eindeutig, dass es die Parteiführung war, die sie ganz bewusst provozierte.

Am 28. November hatte das ZK-Plenum einen Gesetzesantrag beschlossen, der auf einen Ausnahmezustand hinauslief, der bloss vom Parlament abgesegnet worden wäre. Vorgesehen waren unter anderm die Aussetzung des Streikrechts, die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf die Zivilbevölkerung, ein Versammlungsverbot und eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit für die Bürger.

Das wäre ein Bruch mit sämtlichen bisherigen Vereinbarungen gewesen, welche zwischen Arbeiterschaft und der Regierung zustande gekommen waren. Selbstverständlich war dieser Antrag

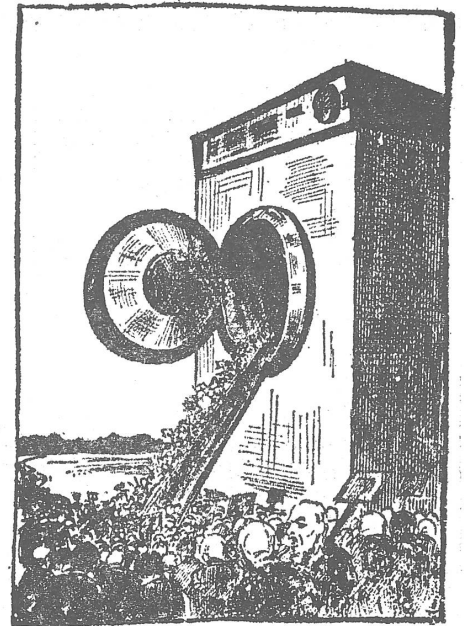
Und genau das wollte die Parteiführung auch: den Konflikt provozieren. Sie tat es auch sonst. Die Ausstrahlung manipulierter Tonbänder mit abgehörten Gesprächen aus einer Solidarnosc-Sitzung war ein Beispiel dafür. Die gewaltsame Räumung einer Schule von angehenden Feuerwehr-Offizieren (diese waren in Streik getreten, weil sie gegen die militärische Ausrichtung ihrer Ausbildung protestieren wollten) war ein anderes Beispiel.

Es war danach selbstverständlich, dass sich die Solidarnosc gegen die Vorhaben ihrer Liquidierung zur Wehr setzte. So bestätigte sie am 11. September ihre Entschlossenheit, auf ein Streikverbot mit Generalstreik zu antworten. Und wenn sie darüber hinaus dringend eine Kontrolle der Macht durch die Bevölkerung verlangte, und sei es mittels Referendumsrecht, so war das nach dem offensibaren Machtmissbrauch der Gegenseite nicht nur eine zeitlich verständliche Reaktion, sondern auch ein Verlangen, das für jeden demokratisch eingestellten Mensch auf der ganzen Welt eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Man darf nicht vergessen, dass es in Polen schon lange keine Streikwelle mehr gab, und das ausgesprochen dank der Kompromissbereitschaft von Solidarnosc. Seit Wochen wurde in den Betrieben, Werften und Bergwerken gearbeitet. Es ist ganz einfach falsch, den jetzigen Eingriff mit der «ewigen Streikerei» in Polen begründen oder gar entschuldigen zu wollen. Im übrigen sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Streiks, die es zuvor gegeben hatte, in den Proportionen zu sehen: Durch Planungsfehler und schlechte Verwaltung ging der Wirtschaft ein 40mal grösserer Wert verloren als durch die Streiks. Nicht sie waren an der Misere Schuld (sie machten auf sie bloss aufmerksam), sondern das System.

Die Ausnahme war in den letzten Wochen der Streik der Studenten (sie verlangten Mitsprache). Aber er fand auf dem «unproduktiven Sektor» statt und nahm den Leuten weder Brot noch Kohle weg.

Solidarnosc jedenfalls wollte tatsächlich nicht die Macht, sondern die Kontrolle der Macht. Sie



Die grosse Wäsche für das Volk. Aus der Betriebszeitung «Slowo Gornika», Dabrowa Gornicza.

wollte Selbstverwaltung in den Betrieben und Demokratie im Land. Aber die Machthaber wollten ihre eigene und ihre stellvertretende Macht in der systemgewohnten Exklusivität haben. Wie in allen Staaten des Systems, das sich als Arbeitermacht und Volksmacht definiert. Und darum geht es auch jetzt bei der Verhängung des Kriegszustandes. Er ist gegen Arbeiterschaft und Volk verhängt worden.

Sich wehren? Es hat schon am Sonntag Flugblätter gegeben, die zum Generalstreik aufriefen. Aber was können Unbewaffnete gegen die Waffenträger tun, hinter denen die grösste Kriegsmacht der Welt steht? Der Westen wird sich in die «innere Angelegenheiten der Polen» schon nicht einmischen; was auch die ersten Reaktionen von Regierungsmännern und Kanzlern bestätigt haben. Noch ist Polen nur verlassen. cb

«Er (Jaruzelski) ist der Mann der Notstandsmassnahmen, dem man (sowjetischerseits) die Einsicht zumutet: Lieber machen wir es selbst, als dass es die Sowjets für uns tun.»

ZB, Nr. 21/1981, S. 12.

sowohl für die Solidarnosc selbst als auch für die Bevölkerung hinter ihr unannehmbar. Zu Recht bemerkte Walesa, dass die Parteiführung ihre Tarnung offenbar abgelegt habe und zum offenen Angriff auf die Arbeiterschaft geschritten sei.

Auch die sonst zurückhaltende und vermittelnde Kirche sah in der Vorlage eine höchste Gefahr für Land und Leute. Der polnische Primas, Jozef Glemp, schrieb in einem Brief vom 7. Dezember an die Abgeordneten des Sejm: «Die Annahme eines solchen Gesetzes würde den inneren Frieden endgültig zerstören, den Faden der Verständigung zerreißen und einen gefährlichen Konflikt provozieren.»

Eine prophetische Karikatur von «Szpilki», Warschau, 1. 2. 1981. Die Ameise singt: «Von morgen an beginnt das neue, grosse Leben.»

